



Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Nutzung von Open-Source-Software

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts zunehmender Digitalisierung kommt der Softwarearchitektur und damit der Auswahl und Beschaffung von Software durch das Land eine immer größere Bedeutung zu. Der Landtag begrüßt daher die aktuelle Softwarestrategie des Landes, die die Chancen unterschiedlicher Softwareentwicklungswege nutzt.

Neben dem Einsatz kommerzieller Software muss hierbei Open-Source-Software eine besondere Rolle spielen. Dies ist notwendig, um die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von einzelnen Herstellern und Lizenzmodellen zu verhindern.

Eine diversifizierte Strategie unter zunehmender Einbeziehung von Open-Source-Software vermeidet zudem potentielle Risiken durch eventuelle herstellerspezifische Sicherheitslücken für die Gesamtheit der IT-Landschaft, indem Risiken auf einzelne Anwendungskomponenten eingrenzbar bleiben.

Schließlich erhöhen offene Schnittstellen, Standards und Software auch die Verbrauchersouveränität und ermöglichen innovative(re) Anwendungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang ermöglichen, ohne hierfür proprietäre Software einsetzen zu müssen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, die Softwarestrategie vorausschauend fortzuführen, um eine moderne und leistungsfähige Verwaltung zu gewährleisten und möglichst viele Verfahren bei wesentlichen Änderungen oder der Neuvergabe auf Open-Source-Software umzustellen. Dazu sind die entsprechenden Ausschreibungsbedingungen laufend zu prüfen und ggf. zu überarbeiten. Wesentliche Zielgrößen im Rahmen der Softwarebeschaffung bei gegebener Funktionalität sollen dabei Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Usability (Bedienbarkeit), Interoperabilität und Zukunftssicherheit bleiben.

Wir wollen, dass auch kleinere und mittelständische Softwareunternehmen zum Beispiel für die Entwicklung von Fachlösungen für ihre Leistungen ein wirtschaftlich attraktives Umfeld vorfinden.

Die Umgewöhnung und die Akzeptanz neuer Software durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte von Beginn an durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Dazu gehören beispielsweise frühzeitige Anwenderschulungen, aber auch die Kommunikation des Sinns und Zwecks einer Umstellung.

Das Zentrale IT-Management wird gebeten, bis zum ersten Quartal 2020 zu berichten, wie und in welchem Zeitfenster das Ziel der vollständigen Ablösung von Closed Source durch Open-Source-Software zu erreichen ist.

Begründung

Die umfassende Digitalisierung betrifft auch die öffentliche Verwaltung und erfordert daher politische Entscheidungen hinsichtlich einer geeigneten Softwarestrategie.

Wir verfolgen den vordringlichen Einsatz von Open-Source-Software, um Abhängigkeiten der öffentlichen Verwaltung von einzelnen Softwareanbietern soweit wie möglich zu reduzieren. Eine mit der Digitalisierung einhergehende Herausforderung ist die enorme und wachsende Marktmacht weniger, oft marktbeherrschender Konzerne. Auch Politik und Verwaltung sind von dieser Entwicklung und ihren Folgen betroffen und müssen bemüht sein, digital souveräner und unabhängiger zu werden. Im Bereich der Open Source Software kann man weitaus leichter den Anbieter der Dienstleistung wechseln oder auch bei sogenannten Forks, also Weiterentwicklungen der Softwarebasis, auf diese migrieren. Anbieter können auch Softwarehäuser vor Ort sein, die maßgeschneiderte

Angebote anbieten können. In diesem Fall wird zugleich die regionale Wirtschaft gestärkt.

Multi-Vendor vs. Single-Vendor-Strategien spielen eine bedeutende Rolle und haben erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Vorgehensweise bei der Planung und Umsetzung von Digitalisierungsprojekten. Single-Vendor-Strategien können hierbei zu politischen, kommerziellen und technischen Abhängigkeiten führen, inklusive der Abhängigkeit von der Innovationsgeschwindigkeit eines ausgewählten Herstellers.

Multi-Vendor-Strategien reduzieren hingegen die Abhängigkeiten, erfordern gleichzeitig aber eine klarere und stringendere Planung insbesondere von Schnittstellen und Standards, die Interoperabilität zwischen Systemen unterschiedlicher Hersteller garantieren müssen. Jenseits dieser grundlegenden Entscheidungen muss im einzelnen Projekt die konkrete fachliche Anforderung sowie die Wirtschaftlichkeit einer Lösung eine zentrale Rolle spielen und die jeweils dafür geeignete Softwarelösung selektiert werden.

Wir wollen ein Schleswig-Holstein, das sich aktiv den großen Chancen der Digitalisierung stellt, für die Bürgerinnen und Bürger sichere, effektive und transparente Zugänge schafft und staatlich finanzierte Software auch für andere Behörden und auch die Bürgerinnen und Bürger nutz- und überprüfbar macht. Für die Verwirklichung dieser Ziele ist der verstärkte Einsatz von Open Source essentiell.

Lukas Kilian, MdL
und Fraktion der CDU

Rasmus Andresen, MdL
und Fraktion von Bündnis`90/DIE GRÜNEN

Anita Klahn, MdL
und Fraktion der FDP